



**An die Magistrate in Diez, Nassau, Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises!**

Es werden mir in nächster Zeit 500 Stück Petroleum-Kriegs-Sparlampen zur Verfügung gestellt werden. Diese Sparlampe besteht aus einer Glasröhre mit tulpenförmigen Ansatz nebst Docht und kann auf jede mit Petroleum gefüllte Medizinflasche oder sonstige kleine Flasche aufgesetzt werden.

Es erscheint angesichts des außerordentlich geringen Petroleum-Verbrauches der Sparlampen im höchsten Maße dringlich und wünschenswert, daß die Lampen unverzüglich an die bedürftigen Verbraucher zur Verteilung gelangen. Der Preis der Lampe beträgt pro Stück 15 Pf. Etwasiger Bedarf ist bei mir bis zum 10. d. Mts. anzumelden.

Der Landrat.  
Duberstadt.

S.-Nr. II. 14512. Diez, den 3. Dezember 1917.

**An die Herren Bürgermeister des Kreises.  
Betr. Durchführung der Herbstbestellung.**

Zum Zwecke der Berichterstattung erlaube ich, mir umgehend, evtl. telephonisch oder telegraphisch zu berichten, ob die Herbstbestellungsarbeiten sämtlich ausgeführt sind. Etl. ist anzugeben, welche Flächen für die Winterausfaat bestimmt waren, aber unbestellt geblieben sind. Geht bis zum 12. d. Mts. mittags ein Bericht nicht ein, nehme ich an, daß die Bestellung überall ordnungsmäßig durchgeführt ist.

Der Vorsitzende des Kreislandrats.  
J. B.:  
Schön, Kreisbevollmächtigter.

Nr. 15481. Diez, den 3. Dezember 1917.

### Belanntmachung.

**An die Magistrate Diez, Nassau, Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.**

Das Kriegsministerium (Kriegsamt) in Berlin hat die Prüfung und Begutachtung der Urlaubs- und Zurückstellungsgesuche der Heeresangehörigen und Dienstpflichtigen den Kriegswirtschaftsstellen übertragen, die sich bei der Erledigung dieser Aufgabe der Vermittlung von Gemeinde- und Gutsbehörden bedienen. Die gutachtlichen Äußerungen dieser Behörden über die Dringlichkeit der Gesuche, die vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkte zu beurteilen sind, liegen nach der Auffassung des Kriegsministeriums in rein militärischem Bedürfnisse. Der Schriftwechsel der Gemeinde- und Gutsbehörden mit den Kriegswirtschaftsstellen in diesen Angelegenheiten ist daher unter dem Vermerke „Heeresache“ in Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen portofrei. Portopflichtig sind dagegen alle Postsendungen — soweit deren Absender nicht die Postvergünstigungen der Feldpost genießen — wenn sie von den Urlaub oder Zurückstellung Nachsuchenden selbst, deren Angehörigen, Arbeitgebern oder sonstigen Privatpersonen ausgehen.

Der Königl. Landrat.  
Duberstadt.

### Belanntmachung.

Die Inhaber der bis zum 8. November 1917 ausgestellten Vergütungsanerkennnisse über gemäß § 3 Ziffer 1-2 des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 in den Monaten Dezember 1914, Februar-Juni 1915, Juli-Dezember 1916, Januar-August 1917 gewährte Kriegsleistungen im Regierungsbezirk Wiesbaden werden hiermit aufgefordert, die Vergütungen bei der Königl. Regierungshauptkasse hier bezw. den zuständigen Kreisstellen gegen Rückgabe der Anerkennnisse in Empfang zu nehmen.

Den in Frage kommenden Gemeinden wird von hier aus oder von den Landräten noch besonders mitgeteilt, welche Vergütungsanerkennnisse in Frage kommen und wieviel die Binsen betragen. Auf den Anerkennnissen ist über Betrag und Binsen zu quittieren.

Die Quittungen müssen auf die Reichshauptkasse lauten. Der Zinsenlauf hört mit Ende dieses Monats auf. Die Zahlung der Beträge erfolgt gültig an die Inhaber der Anerkennnisse gegen deren Rückgabe. Zu einer Prüfung der Legitimation der Inhaber ist die zahlende Kasse berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Wiesbaden, den 24. November 1917.

Der Regierungs-Präsident.  
In Vertretung:  
gez.: v. Sigel.

S.-Nr. II. 14293. Diez, den 5. Dezember 1917.

**Betr. Versorgung der Zuchtsauen mit Hafer.**

Entsprechend der Verordnung des Herrn Reichskanzlers über die den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe zur Ernährung der Selbstversorger und zur Fütterung zu belassenden Früchte vom 13. November 1917 (Kreisblatt Nr. 271) werden hiermit für jede in der Zeit vom 16. November bis 15. Dezember 1917 werfende Zuchtsau 45 Pfund Hafer bewilligt.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, dies den Landwirten sogleich mitzutellen und mir bestimmt bis zum 15. Dezember 1917 zu berichten, welche Landwirte und mit wieviel Zuchtsauen hierbei in Betracht kommen.

Der Vorsitzende des Kreislandrats.  
Duberstadt.

## Nichtamtlicher Teil

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 6. Dezember 1917.

Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt. Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Lohmann (ntl.): Ich habe aus den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers den Eindruck gewonnen, daß er durch seine Verhandlungen mit den Parteien des Reichstages vor der Übernahme seines Amtes nicht gezwungen wurde, sich zu einem Programm zu bekennen, das mit seiner Ueberzeugung sich nicht deckte. Der Reichskanzler wird nicht verlangen, da ja seine Bestandschauung feststeht, und wir mit seiner Partei jahrelang politisch geringen haben, daß wir ihm sofort ein Vertrauensvotum ausstellen. Aber der Krieg hat die politischen Anschauungen und Kampfmethoden entscheidend geändert und viele Gegensätze gemildert. Wir wünschen dem Reichskanzler bei der Lösung seiner schweren Aufgabe vollen Erfolg und werden ihn mit freundlicher Wachsamkeit in seiner Tätigkeit verfolgen. (Heiterkeit.) Unsere Haltung werden wir von seinen Leistungen abhängig machen. Die jetzige Vorlage hätte bereits von der früheren Regierung eingebracht werden müssen. Hätte man unsere damaligen Wahlrechtsanträge angenommen, so ständen wir heute nicht vor derartigen inneren Kämpfen. (Sehr richtig!) Ich bedauere, daß die konservative Partei sich jeder Reform so abgeneigt zeigte, obwohl Herr von Seehausen das gestern bestritten hat. Die Haltung der konservativen Partei erklärt sich wohl am besten aus Besorgungen über das starke Anwachsen der Sozialdemokratie im Reich, der man ein Gegengewicht bieten müsse. (Zustimmung links.) Welche Stellung meine Partei zu den Vorlagen einnehmen wird, kann ich noch nicht sagen (Bewegung); wir schließen uns durchaus dem Worte Bismarcks an, daß das Klassenwahlrecht ein durchaus unvollkommenes ist. Auch

nicht entziehen. Unter der Wirkung des Krieges sind einige meiner Freunde für das gleiche Wahlrecht gewonnen worden, die große Mehrheit meiner Fraktion aber hat sehr schwere Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht. (Hört, hört!) Es ist nicht zu erkennen, welche Gründe den Kanzler und die Regierung bewogen haben, das gleiche Wahlrecht in den öffentlichen Kampf zu werfen. (Jurist links: Welche Rolle spielt dabei der König?) Wer ist für die beiden Votschaften politisch verantwortlich? Durfte ein Staatsmann, dessen Stellung schon schwer erschüttert war, einen so schwerwiegenden Schritt tun? Im Gegensatz zur Rechten finde ich die Begründung der Vorlage klassisch schön und erhebend. Auch wir haben Vertrauen zu unserm Volke. Etwas anderes aber ist es, wenn man daraus solche Folgerungen zieht, wie die Vorlage es tut. An der politischen Reife unseres Volkes lassen mich meine Erfahrungen stark zweifeln. (Jurist links: Also schaffen Sie das Reichstagswahlrecht ab!) Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen könnte zu großen Rückwirkungen in den übrigen deutschen Staaten und in den Gemeinden führen. Was die Vorlage über das Herrenhaus anlangt, so sollte statt des Namens „Herrenhaus“ nur gesagt werden: „Erste Kammer“. Alles Einzelne werden wir im Ausschuss besprechen. (Beifall.)

Abg. Ströbel (U-Soz.): Aus der Rede des Abgeordneten Lohmann ersehe ich, daß auf die Nationalliberalen bei der Wahlreform kaum zu rechnen ist. Die Nationalliberalen und das Zentrum werden nach den Worten ihrer Redner gegen das gleiche Wahlrecht stimmen. Wir stimmen dafür. Die Verantwortung für die Votschaft des Königs tragen mindestens die Nationalliberalen im Reichstage mit. Jeder, der Vertrauen zum Volke hat, muß ihm das gleiche Wahlrecht gewähren. Nicht diese Vorlage, eine demokratisierte Wahlrechtsvorlage ist eine bittere Notwendigkeit, wenn wir den Krieg beenden wollen. Auch Rußland will nicht einen Frieden um jeden Preis, sondern nur einen demokratischen Frieden mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. In den Krieg sind wir nur durch die chauvinistische Politik der bürgerlichen Parteien hineingeraten. (Präsident Graf Schwerin-Biwoj ruft den Redner wegen Verletzung der nationalen Empfindungen zur Ordnung.) Wer dem Volke Vertrauen schenkt, muß ihm ein ganz anderes Wahlrecht geben. Auch die Frauen müssen es erhalten, denn ohne sie hätte der Krieg gar nicht durchgeführt werden können. Die Frauen hätten ihn durch einen internationalen Streik verhindern sollen. Schließlich wird die Internationale siegen. (Zustimmung auf der äußersten Linken.) Mit Ihrer Politik kommen wir zu keinem Verständigungsfrieden, und dann werden die Russen einen revolutionären Verteidigungskrieg führen. Das Herrenhaus müßte abgeschafft werden.

Präsident Graf Schwerin verlas unter lebhaftem Beifall die amtlichen Heeresberichte.

Stellvertretender Ministerpräsident Friedberg verwahrte sich gegen den Versuch, unsere Verhandlungen mit Rußland in irgendwelche Beziehungen zu unseren innerpolitischen Zuständen zu sehen, die das Ausland gar nichts angingen. Das Urteil des Abg. v. Seydebrand über die sein durchdachten und abgewogenen Darlegungen des Ministers des Innern lassen sich nicht aufrechterhalten. Bei der Vorlage handelte es sich um ein Königswort, das unter allen Umständen eingelöst werden müsse. Die bürgerlichen Parteien, die die Vorlage ablehnten, würden mit gebrochenem Rückgrat in den Reichstag einziehen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freil.) sprach gegen das gleiche Wahlrecht, Abg. Seyda (Pole) begrüßte die Vorlage.  
Freitag: Weiterberatung.

### Oesterreich-Ungarns Bündnistreue.

In der Donnerstag-Sitzung der ungarischen Delegation hielt zunächst Graf Tisza eine Rede, in der er u. a. folgendes sagte:

Die drückende Atmosphäre vom Juli 1914, von der Graf Karolyi sprach, war auf die Politik der Entente zurückzuführen. Durch das Hinzutreten Englands griff in den französischen und russischen Kreisen die Anschauung Platz,

daß die Entente die Stimmung in Europa unruhig und besorgt. Sodann sprach Tisza das Verhältnis zu Italien und erklärte, daß unzweifelhaft 1914 der casus foederis für Italien gegeben gewesen sei. Wenn man den Dreibundvertrag loyal auslege, könne darüber kein Zweifel herrschen. Ueber Rußland jagte der Redner folgendes: Wir riskieren gar nichts, wenn wir uns mit der gegenwärtigen Regierung in Verhandlungen einlassen und unterstützen dadurch die friedliche Stimmung, welche durch die jetzige Regierung vertreten wird. Ich erlaube mir, daß ich mich niemals zu der Ansicht bekannt habe, daß uns ein unversöhnlicher Gegensatz von Rußland trenne. Der Gegensatz rührt nur von der imperialistischen Tendenz des Zarentums her. Wenn die jetzige Regierung mit der Ueberlieferung bricht, so besteht kein Hindernis mehr, daß wir mit dem neuen Rußland nicht nur korrekte, sondern auch freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Betreffs Polens sagte der Redner: Ungarn bezieht die Wiederherstellung des polnischen Staates freudig. Falls Polen in Personalunion mit der Monarchie treten wird, wird Ungarn dies mit Genugtuung aufnehmen, nur darf dadurch die Stellung Ungarns nicht benachteiligt werden. Wir dürfen uns der Gefahr der Majorisierung nicht aussetzen.

Im Ausschuss für die auswärtige Politik ergriff nach der Rede Tiszas der Minister des Aeußern Graf Czernin das Wort und sagte: „Wenn ich mir gestatten darf, einige Worte an Sie zu richten, muß ich von vornherein auf das Wohlwollen und die Rücksicht der einzelnen Herren rechnen, da ich der ungarischen Sprache nicht mächtig bin. Es wäre vielleicht möglich, daß meine Ausführungen zum Teile auf Mißverständnissen beruhen. Sollte dies der Fall sein, so wäre ich für Ihre Aufklärung dankbar. Ich lege aber Wert darauf, schon in diesem Stadium der Verhandlungen ganz kurz meine Meinung über wichtige Fragen zu äußern, weil hervorragende Parteiführer Ungarns hier das Wort ergriffen haben und Anfragen an mich richteten, die ich nach Möglichkeit sofort beantworten will. Graf Andrássy sprach mit der von ihm erwarteten Wärme von dem Bündnis mit Deutschland und stellte die Frage an mich, ob und inwiefern wir in den Kriegszielen mit Deutschland einig sind. Ich kann diese Frage in positivem Sinne beantworten. Wir sind einig mit Deutschland und zwar auf der Basis des Verteidigungskrieges, der hier in dieser hohen Versammlung ungeteilte Zustimmung gefunden hat, welche im deutschen Reichstage als Richtlinie für die Kriegsziele festgelegt wurde, und welche der Staatssekretär von Kühlmann in den letzten Reden meiner Ansicht nach klar und deutlich präzisiert hat, indem er den Satz aussprach: Es gibt kein Friedenshindernis als Elsaß-Lothringen. Allerdings dürfen wir, wenn wir unsere Lage mit der des Bundesgenossen vergleichen, das eine nicht vergessen, daß wir uns in gewisser Beziehung in einer besseren Lage befinden als er. Wir haben so gut wie unser ganzes Territorium in Besitz. Deutschlands Kolonien sind heute in Feindeshand. Wenn mir nun von mancher Seite der Vorwurf gemacht wird, daß das eine Schwäche meiner Politik sei, welche sich im Schlepptau Deutschlands befinde, und wie diese Phrasen sonst lauten, daß diese Politik uns zwingt, den Krieg länger fortzusetzen, als es sonst der Fall wäre, ja daß wir für deutsche Eroberungen kämpfen müßten, so setze ich diesen Argumenten ein kategorisches Nein entgegen. Wir kämpfen für die Verteidigung Deutschlands, wie Deutschland für die unsere. In dieser Beziehung kenne ich keine territorialen Grenzen. Wenn jemand fragt, ob wir für Elsaß-Lothringen kämpfen, so antworte ich ja wohl, wir kämpfen für Elsaß-Lothringen genau so, wie Deutschland für Lemberg, für Triest gekämpft hat. Ich kenne da keinen Unterschied zwischen Straßburg und Triest. Wenn in dem allgemeinen europäischen Kriegsbilde eine andere Konstellation eintreten sollte, was nicht ausgeschlossen erscheint, und an anderen Fronten große Ereignisse vorgehen sollten, dann würde ich es, ich sage es offen — und ich fühle mich hierbei eins mit Graf Tisza, lebhaft begrüßen, wenn der Moment käme, in dem auch wir an den anderen Fronten mit unseren Bundesgenossen kämpfen würden. Wenn es also nach dieser Richtung, die wir eingeschlagen haben, seitdem der Krieg begonnen hat, und bis wir mit voller Zustimmung der ge-

Er  
Ceri  
laff  
en.  
B. 66.

beginnen  
r. Reigen-  
r. Stadt.  
Krat.  
findet in

Mr. 1 50  
75  
d 50 Pf.  
Verwahrer

1917.  
Ems.  
hiesigen  
erung  
Wolff.  
Egge (All)

leben, es könne ihnen gelingen, uns von unseren Bundesgenossen zu trennen, so kann ich nichts sagen als, diejenigen, die das glauben, sind schlechte Politiker und kindliche Gemüter.

Graf Andrassy hat mit Bezug auf Italien eine Anfrage an mich gerichtet, auf die ich vollständig offen antworten möchte. Die italienische Politik seit Kriegsbeginn bewegt sich auf schiefen Ebene abwärts. Es ist den Herren bekannt, daß Italien vor dem Kriege mit uns hätte sprechen können, weil wir ein lebhaftes Interesse daran hatten, diesen überflüssigen Krieg zu vermeiden. Hierbei hätte Italien zu einer Vereinbarung gelangen können, die es heute wohl in seinen kühnsten Träumen nicht mehr zu erreichen hoffen kann. Italien hat seitdem in zwölf Schlachten Hunderttausende an Toten verloren und hat Milliarden an Werten und große Teile des eigenen Bodens eingebüßt, die heute in unserer Hand sind. Italien kann heute im besten Falle hoffen, den Bestand vor dem Kriege zu erreichen. Ich muß aber noch einen Schritt weiter gehen, wobei ich auf das komme, was Graf Karolyi gesagt hat. Er hat mir, wenn ich recht verstanden habe, am Schlusse seiner Ausführungen zu verstehen gegeben, ich müßte unter allen Umständen Pazifist a butrance sein. Im Zusammenhang damit hat er meiner Vadepesther Rede einige wohlwollende Worte gewidmet, zu meinem Erstaunen aber nur deren ersten Teil, während er den zweiten totgeschwiegen hat. Dieser zweite Teil ändert aber den ganzen Charakter der Rede. Was Karolyi von mir verlangt, heißt, daß ich mich zur Affekuranz für die italienischen Abenteuer hergeben möge. Ich soll nach der Ansicht des Grafen Karolyi heute den Italienern erklären: Setzt den Krieg fort, solange ihr wollt, greift uns an, so oft ihr wollt, verlängert den Krieg nach Belieben, wir garantieren auch, daß euch nichts geschieht. Nun, meine Herren, ich bin sehr weit von diesem Standpunkt entfernt. Ich sage es ganz offen und damit man es in Rom hört: Wenn Italien den Krieg mutwillig fortsetzt, so wird es später einen schlechteren Frieden bekommen. Das sind wir den Truppen und dem Hinterlande schuldig. (Beifall.) Karolyi möge es wissen, ich habe ein Ziel, das heißt: baldigste Erreichung eines ehrenvollen Friedens. Dabei weigere ich mich, den Feinden Prämien auf Kriegsverlängerung auszuweisen.

Bezüglich der U-Boote kann ich vollständig bestätigen, was Graf Tisza erwähnte. Es wird einer späteren Zeit vorbehalten sein, die genauen Daten zu geben. Ich kann aber Karolyi versichern, daß die maßgebenden militärischen Persönlichkeiten sowohl auf deutscher wie auf unserer Seite der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Hinberung der Munitionszufuhr an der Ost- und Westfront so stark war, daß sie den Gang des Krieges wesentlich beeinflusst hat, und daß unsere Gegner gewaltig unter seiner Wirkung leiden, das wissen wir ganz genau. Auch in anderen Punkten bin ich vollkommen der Meinung mit Tisza, der dem Grafen Karolyi auf dessen Bemerkung antwortete, unsere Diplomatie sei schuld daran, daß Italien und Rumänien auf die gegnerische Seite übergetreten seien. In einem einzigen Satze gesagt, fasse ich die Situation so auf, daß Rumänien und Italien eine falsche Machtspekulation gemacht haben, als sie sich der uns feindlichen Gruppe anschlossen. Wir haben wegen unserer treuen Bundesgenossenschaft mit Deutschland mit der Gegnerschaft Amerikas rechnen müssen. Wenn Amerika diese Konsequenzen zieht, ist das, ich gebe das zu, schmerzlich wegen der Oesterreicher und Ungarn, die in Amerika sind und in die peinlichste Lage gelangen, an den Kriegsergebnissen jedoch wird das nicht das geringste ändern. Wenn man diese Auffassung des Präsidenten Wilson in seiner neuesten Rede vereinfacht mit jener, welche die Entente in die Monarchie hineingeworfen hat und die mit dem Schlagworte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ bezeichnet wird, und die auf der Friedenskonferenz mit Hilfe der Entente verwirklicht werden soll, so finde ich in der heutigen Auffassung des Präsidenten Wilson einen großen und bedeutenden Fortschritt, einen Fortschritt, welchen wir anerkennen und welchen festzuhalten wir ein lebhaftes Interesse haben.

findet, um dessen Geltung auf ihre Verhältnisse auszusprechen. Wo die Entente das Bedürfnis nach Annektionen oder Desannectionen fühlt, erkennt sie natürlich nicht das Recht des zu schmälernenden Staates an, hierüber selbst zu entscheiden, ja auch nicht das Recht der zu annektierenden Völkerschaften, bei dieser Amputation mitzusprechen. Als die Freimaurer in Paris den Gedanken durchsleuchten ließen, daß über das Schicksal der von Italien beanspruchten Gebiete ein Plebiszit ihrer Bewohner entscheiden soll, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in Italien, und ebenso wurde in Frankreich der Gedanke einer Volksabstimmung in Elsass-Lothringen zurückgewiesen, da dort eben nur das alte Unrecht gutzumachen sei. Soweit es sich darum handelt, daß innerhalb der einzelnen Staaten die Nationalitäten ihr Verhältnis untereinander zum Staate zu regeln haben, liegt keine internationale, sondern eine innerstaatliche Frage vor. In dieser Richtung steht mir ein Recht zur Verfügung mit Bezug auf die österreichisch-ungarische Monarchie nur insofern zu, als die betreffenden Fragen auf die auswärtige Politik Einfluß nehmen könnten. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich im Rahmen dieses mir zustehenden Rechtes jede äußere Einflusnahme auf die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse mit aller Entschiedenheit ablehne. (Lebhafter Beifall.)

### Bermischte Nachrichten.

**Achtung bei Feldpost-Briefsendungen.**  
Feldpost-Briefsendungen werden bei den Postanstalten nach wie vor täglich in großer Zahl in einem Gewichte aufgegeben, das die für portofreie Feldpostsendungen zugelassenen 50 Gramm überschreitet, ohne daß die Sendungen freigemacht sind. Die Briefsendungen müssen nach den Bestimmungen an die Absender zurückgegeben werden. In sehr vielen Fällen ist aber der Absender auf den Sendungen nicht vermerkt. Die Briefe müssen dann als unanbringlich behandelt werden. Es ist natürlich, daß hieraus für den Absender wie für den Empfänger manche Unannehmlichkeiten entstehen. Um diese zu vermeiden, ist es unbedingt erforderlich, daß die Bestimmung beachtet wird, daß Feldpostsendungen nur bis zum Gewicht von 50 Gramm portofrei befördert werden. Ebenso unbedingt notwendig ist die jedesmalige Angabe des Absenders auf den Feldpostsendungen.

Von merkwürdigen Kriegserfahrungen mitteilen erzählte der Chemiker Prof. Zudenack in einem im Verein für öffentliche Gesundheitspflege in Berlin gehaltenen Vortrag. Wofür ist in diesem Aushungerungskriege nicht alles Ersatz geschaffen worden. Für Butter und Eier, für Dei und Milch, für Mehl und Spiritus, für Fleisch und Brüh, für Kaffee und Zucker, für Tabak und Tee, für Fische und Würste, für Käse und Kaviar und so weiter ohne Ziel und Ende. Fleisch wurde aus Kleintieren, Seetieren mit Essigzusatz gemacht. Lebertourst wurde aus Stärkekleister, aus rot gefärbtem Gemüse hergestellt, wobei für die Fettklumpchen Kartoffelstückchen zugesetzt wurden. Der in neuester Zeit auf der Bildfläche erschienene Käseersatz war Berliner Quark mit Paprikaersatz und gab sich als Ungarischer Viptauer aus. Del wurde aus Parana gemacht und für Kartoffelpuffer verwendet, bis infolge vielfacher Erkrankungen die Behörde einschritt. Gänsefett bereitete man aus Dachsfett, Eierfah aus Schlemmkreide mit Backpulver, Kaviar aus schwarzgefärbtem Fischrogen, Brot wurde aus Strohmehl gebacken. Unter all dem Schund ist, wie Prof. Zudenack sagte, trotzdem manches, das beibehalten werden und die Not des Krieges überdauern dürfte.

Das künftige preussische Abgeordnetenhaus. Ueber die Verteilung der preussischen Landtagsmandate nach der Wahlrechtsreform gibt eine konservative Denkschrift Aufschluß. Sie legt ihren Berechnungen die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl (1912) zugrunde und kommt zu folgender Aufstellung: Konservative (bisher 148) künftig 62, Freikonservative (54) 17, Nationalliberale (73) 31, Fortschrittler (40) 34, Zentrum (103) 102, Polen (12) 35, Dänen (2) 1, Welfen (0) 5, Sozialdemokraten (10) 144, Sonstige (2) 12 Mandate.